



# aktuell

## Landtag Mecklenburg-Vorpommern 8. Altenparlament

### Begrüßung des Altenparlamentes



**Sylvia Bretschneider**  
*Präsidentin des Landtages  
Mecklenburg-Vorpommern*

Sehr geehrte Delegierte des 8. Altenparlamentes, ich freue mich sehr, Sie heute hier im Plenarsaal des Schweriner Schlosses im Namen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern zum achten Altenparlament willkommen zu heißen.

Sehr geehrte Delegierte, im Jahre 1991 haben die Vereinten Nationen Grundsätze verabschiedet, durch die Maßstäbe gesetzt wurden, um jedem Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Dazu gehören Prinzipien wie Autonomie, Partizipation, gesundheitliche Versorgung, soziale Sicherung und die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung. Die Gestaltung der Rahmenbedingungen einer demokratischen Gesellschaft, also auch für den Bereich der Senioren, soll auf diesen Maximen aufbauen, um so ein Altern in Würde zu ermöglichen.

Wie im Rahmen der bisherigen Altenparlamente, wird auch heute anhand Ihrer Diskussionen zu den Leitanträgen deutlich werden, wie wichtig Ihnen ein selbstständiges Leben ist. Es geht dabei etwa um altersgerechtes Wohnen. Es geht Ihnen aber auch um gesundheitspolitische Themen wie medizinische Prävention sowie flächendeckende gesund-

heitliche und pflegerische Versorgung, um Seniorinnen und Senioren ein Altern in Würde zu garantieren.

Sehr geehrte Delegierte, an Ihrem Engagement und ganz besonders in Ihren Leitanträgen wird ganz deutlich, dass sich das Selbstverständnis Ihrer Altersgruppe gewandelt hat. Selbstbewusst nehmen Sie alle an der politischen Gestaltung teil und ich freue mich schon sehr auf die Ergebnisse des heutigen Tages. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich aber nicht nur das Selbstverständnis der älteren Generationen, sondern auch das Seniorenbild in der Gesellschaft verändert. Dieser Mentalitätswechsel muss von einer zeitgemäßen Seniorenpolitik berücksichtigt werden. Vor diesem Hintergrund hat der Landtag wie Ihnen allen bekannt ist, im Februar 2012 eine Enquete-Kommission Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern eingesetzt. Diese erarbeitet bis zum Frühsommer 2016 Handlungsempfehlungen, die das Ziel verfolgen, den Teilhabe- und Versor-



gungsansprüchen einer älter werdenden Bevölkerung in unserer Gesellschaft zukünftig Rechnung zu tragen. Dabei stehen ähnliche Themenfelder im Mittelpunkt der Betrachtungen, wie bei Ihnen heute.

Sehr geehrte Delegierte, gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel, der Mecklenburg-Vorpommern in besonderer Weise betrifft, ist eine Veranstaltung wie das Altenparlament von großem Wert. Ich bin überzeugt davon, dass Sie auch heute wieder Impulse liefern werden, wie Mecklenburg-Vorpommern den Herausforderungen des demografischen Wandels begegnen kann. Als Partner des Landtages sind Sie, meine Damen und Herren, erneut eine Unterstützung nicht

nur für den Bereich der Seniorenpolitik. Im Gegenteil beweisen Ihre Leitanträge und vor allem Ihre Resolution zum Thema bezahlbare Mieten doch, dass Sie nicht nur Verantwortung für Ihre Generation übernehmen wollen, sondern dass Sie auch darum bemüht sind, dass jüngere Generationen von Ihrem Engagement an diesem Tag mitprofitieren.

Sehr geehrte Delegierte, vor diesem Hintergrund freut es mich auch besonders, dass Sie heute Herrn Beck vom Landesjugendring als Gast eingeladen haben und ihm die Möglichkeit zu einem Grußwort geben. Sie verdeutlichen dadurch Ihre Absicht, sich für die Gesamtheit der Gesellschaft einzusetzen und auch, dass das, was Sie heute hier beschließen, nicht

nur Sie, sondern jede Bürgerin und jeden Bürger in Mecklenburg-Vorpommern, egal welchen Alters, angeht.

Mit Ihrem Engagement tragen Sie so zu einer lebenswerteren Gesellschaft bei, zeigen Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebenssituation aller auf und stellen die Potentiale Ihrer Generation erneut unter Beweis.

Sehr geehrte Delegierte des 8. Altenparlaments, für diesen aktiven demokratischen persönlichen Einsatz bedanke ich mich ganz herzlich bei Ihnen und ich wünsche intensive lebhaftige Diskussionen und ein gutes Gelingen des heutigen Tages.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

## Grußwort des Ministerpräsidenten



### Erwin Sellering

*Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern*

Vielen Dank, Frau Landtagspräsidentin, vielen Dank für diese Rede.

Auch von mir ein ganz herzliches Willkommen Ihnen allen. Die eine oder den anderen habe ich beim Reingehen persönlich begrüßt, ich kenne ja sehr, sehr viele von Ihnen persönlich. Ich habe auch die eine oder den anderen, nein, eher nur die eine gedrückt, den anderen nicht, die Männer nicht so sehr.

Bei den anderen ging das nicht, Sie sind einfach zu viele. Seien Sie aber sehr, sehr herzlich willkommen, ich freue mich, dass Sie alle hier sind.

Ich finde ganz toll, dass dieses Parlament hier tagt. Für mich ist das eine etwas ungewohnte Situation, von hier vorne zu sprechen, und die Stühle sind alle besetzt, Sie kennen das ja, dass das normalerweise hier nicht ganz so ist.

Ich freue mich, dass dieses Parlament hier tagt. Ich stocke ein bisschen bei dem Begriff „Altenparlament“. Wir haben eben kurz darüber gesprochen, „Seniorenparlament“ wäre vielleicht schöner. Von hier vorne aus gesehen muss man sich ja wundern, wie viele junge Senioren es gibt, das muss man ja auch mal sagen.

Schön ist, dass Sie nicht alleine tagen, sondern dass hier auch Abgeordnete des Landtages sind, denn Sie haben ja viele

Anliegen, die Sie weitergeben wollen und die wir aufnehmen sollen.

Für mich als Ministerpräsident ist es eine ganz tolle Sache, hier jetzt in einem Saal zu sein im Landtag, voll besetzt mit Menschen, die sich alle in ganz besonderer Weise über Jahre, viele über Jahrzehnte ehrenamtlich engagieren, mit einem Rieseneinsatz an Zeit und Energie dafür sorgen, dass wir bei uns in Mecklenburg-Vorpommern zusammenhalten, dass hier eine Gemeinschaft da ist, Zusammengehörigkeitsgefühl. Das tun Sie alle in den verschiedenen Vereinen, Verbänden, in denen Sie tätig sind: Denn Sie sind ja nicht nur Angehörige dieses besonderen Parlamentes, dieses Seniorenparlamentes, sondern Sie sind Angehörige des Seniorenparlamentes, weil Sie überall irgendwo tätig sind. Sie tun das mit großer Kraft vor Ort, aber Sie tun das eben auch hier und dafür möchte ich mich sehr herzlich bedanken, im Namen der Landesregierung, aber vor allem im Namen aller Mecklenburger und Vorpommern. Sie tun da wirklich was ganz Tolles, herzlichen Dank dafür. Ich bitte Sie, applaudieren Sie sich einmal sehr herzlich dafür!

*(Beifall bei den Delegierten des Altenparlamentes)*

Und hier in diesem Seniorenparlament, machen Sie eine wichtige Arbeit. Sie tragen ganz entscheidend dazu bei, unser Land auf die Zukunft vorzubereiten. Und

wir haben eben gehört von der Landtagspräsidentin, welche wichtigen Aufgaben Sie haben, wenn es darum geht: Was kann man denn tun, um das Leben der Älteren zu verbessern. Aber ich weiß, dass Sie nicht nur die Älteren im Blick haben, sondern Sie haben auch die Jungen im Blick, nun dafür zu sorgen, dass die junge, die nachwachsende Generation, dass die gute Bedingungen vorfindet.

Das finde ich sehr wichtig, dass wir gemeinsam gute Bedingungen schaffen und die Weichen für die Zukunft richtig stellen. Mecklenburg-Vorpommern muss ein Land der Generationen sein. Mecklenburg-Vorpommern muss attraktiv sein für alle, für Jung und Alt, die gerne hier leben sollen. Wir wollen, dass wir ein Land sind, in dem die Menschen sich gerne eine Zukunft aufbauen, auch eine Zukunft mit Kindern.

Ich weiß, dass das ganz viele von Ihnen bewegt, dass Sie fragen: Was tun Sie dafür, dass die jungen Leute bleiben können und nicht weggehen müssen, dafür dass sie hier eine Möglichkeit finden für Ausbildung, für Arbeit, aber auch, dafür, dass wir neue Menschen gewinnen, die hierherkommen und sagen, hier ist es schön, hier haben wir alles, was wir brauchen, hier können unsere Kinder gut aufwachsen, das ist eine tolle Heimat, die man hier finden kann, und das ist eine Heimat, die Zukunft hat. Darum geht es uns allen gemeinsam. Und ich denke, wir können sagen, da sind wir in den letzten Jahren gut vorangekommen.

Die Landesregierung gibt einmal im Jahr eine Umfrage in Auftrag. Dann kriegen wir Rückmeldung von den Menschen, die hier leben. Und die sagen uns seit Jahren immer wieder, dass die Menschen gern hier leben, dass sie sagen: Hier lässt es sich gut leben. Und sie sagen: Wir sind gut vorangekommen in den letzten Jahren und wir können stolz sein auf das, was wir gemeinsam geschafft haben hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern.

Und wenn wir dann gefragt haben, welche Altersgruppe hat denn hier beste Bedingungen, dann war immer gleichmäßig die Antwort, gerade die Älteren haben bei uns gute Bedingungen. Und das hängt damit zusammen, dass die Jungen bei uns im Land ganz lange, über viele Jahre das Problem hatten, dass sie keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, keine

Arbeit gefunden haben. Und da muss man jetzt sagen, das ist lange vorbei, wir haben jetzt andere Aufgaben, andere Probleme. Heute brauchen wir jede und jeden.

Und deshalb sagen immer mehr Menschen, auch bei den Umfragen, das kommt an, dass sie sagen, Mecklenburg-Vorpommern ist auch ein Land für die Jungen, auch die unter 30-Jährigen, die um die 30-Jährigen, die mit den Familien, die können hier gut leben. Ich freue mich sehr darüber. Das ist etwas, das sich auch niederschlägt.

Dazu passt, dass wir im ersten Halbjahr 2013 zum ersten Mal, zum ersten Mal eine positive Wanderungsbilanz haben. Zum ersten Mal sind mehr Menschen nach Mecklenburg-Vorpommern gezogen als von hier weg. Ich finde, das ist eine tolle und gute Botschaft, darüber freue ich



mich sehr. Und zu dieser Entwicklung passt auch, dass wir bei diesem Wanderungsüberschuss besonders stark waren bei den 35- bis 45-Jährigen und bei den 0- bis 4-Jährigen., Also: Familien mit Kindern sind zu uns gekommen. Ich glaube, das wundert keinen, wenn man vergleicht zwischen dem Westen und uns, was wir Familien an Kinderbetreuung bieten. Da müssen wir auch weiter gut sein.

Unser Land ist eben inzwischen für alle, für alle Generationen sehr attraktiv und wird auch so wahrgenommen. Wenn man schaut, wie attraktiv sind wir, was können wir anbieten, ist klar: Wir sind das Land, in das alle Menschen kommen, um Urlaub zu machen, das Urlaubsland überhaupt, Nummer 1. Und das hängt natürlich damit zusammen, wie schön dieses

Land ist, das ist schon wichtig. Aber ich glaube, dass für die Menschen auch ganz wichtig ist, dass es da, wo sie leben, eine Gemeinschaft gibt und einen Zusammenhalt. Und ich glaube, da kann Mecklenburg-Vorpommern sich auch sehr gut sehen lassen. Ich glaube, wir sind auch ein Land, das in besonderer Weise eine Gemeinschaft anbietet, Nachbarschaftshilfe. Die Menschen haben bei uns das gute Gefühl, hier sind andere für mich da, wenn ich sie brauche, und dass sie sehen, dass sich Menschen ganz selbstlos für andere einsetzen, so wie Sie alle das tun.

Und das tun Sie in Ihren Vereinen, mit großem Einsatz, mit großer Energie, mit viel Begeisterung, das weiß ich ja, mit viel Beharrlichkeit, in Sozialverbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, Seniorenbeiräten, in der Freien Wohlfahrtspflege und in vielen anderen Vereinen und Verbänden.

Hier im Altenparlament sind Sie kontinuierlich an den wichtigen Themen dran, die wir brauchen, um unser Land zukunftsfest zu machen:

- Erstens: Gute Gesundheitsversorgung für alle im gesamten Land, auch auf dem Land, Zweitens: Moderne Wohnform. Wir alle wissen, - das wird ja eines Ihrer Themen heute sein, - wir brauchen mehr Wohnungen auch für Ältere, die nicht mehr so mobil sind. Und da brauchen wir auch Programme. Ich finde gut, dass sich auch der Landtag mit dieser Frage beschäftigt. Herr Heydorn sitzt dort als Vorsitzender der Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern, die sich mit diesen Fragen beschäftigt.

- Drittens: Altersgerechter und bezahlbarer Wohnraum.

Aber wir brauchen auch, wenn wir weiter gut zusammen leben wollen, brauchen wir auch gute Bedingungen für das Ehrenamt, weil ganz viel, das wissen Sie alle, nur noch über das Ehrenamt auch geht. Das alles sind Fragen, die stellen sich bei der Gestaltung des demografischen Wandels. Das ist das große Thema, unter das Sie auch hier heute das Altenparlament gestellt haben, zu dem Sie drei Leit- anträge gestellt haben.

Ich sage Ihnen, natürlich ist auch für die Landesregierung das eines der wichtigsten Themen, seit vielen Jahren. Uns geht es darum, dass wir möglichst frühzeitig nachhaltige Strukturen schaffen, die die Voraussetzungen bieten, dass wir am Ende die Zukunft aus eigener Kraft gestalten können. Sie wissen ja, wir haben einen Aufholprozess hinter uns, bei dem man uns sehr geholfen hat. Der Solidar- pakt läuft noch bis 2019, wir kriegen aber auch Geld aus Europa bis 2019, dann ist Schluss. Deshalb ist ganz wichtig, dass wir uns so darauf einstellen, dass wir dann aus eigener Kraft zurechtkommen können.

Und deshalb haben wir uns schon seit vielen Jahren darauf eingestellt. Sie alle wissen, dass wir seit 2006 keine neuen Schulden mehr machen, damit wir mit dem Geld klarkommen können. Das ging nur, indem wir in der Landesregierung das Personal reduziert haben um ein Viertel. Das ist eine riesige Kraftanstrengung. Wir haben die Kreisgebietsreform gemacht, weil klar ist, dass gerade auf dem Land weniger Menschen da sein werden. Da muss man Verwaltung bezahlbar hinbekommen. Die Gerichtsstrukturreform. Und wenn ich die beiden Sachen aufzähle, dann merken Sie schon, Demografiepoli-

tik, das ist nichts, wofür man nur Applaus bekommt, sondern da gibt es auch Dinge, die ganz schön schwierig sind.

Aber wir haben auch so etwas wie das Entwicklungsprogramm „Land hat Zukunft“ für die ländlichen Räume. Wir müssen dafür sorgen, dass wir den demografischen Wandel gestalten, dass wir nicht einfach sagen, das ist nur eine Gefahr für uns. Es ist ja auch so: Wenn wir es klug anpacken, dann bedeutet demografischer Wandel nicht automatisch, dass wir überall immer weniger haben, dass wir nur reduzieren müssen, einsparen. Sondern es bedeutet ja auch, dass wir Dinge neu gestalten, mit allen Möglichkeiten, die es dann gibt, um etwas besser zu machen, um zielgenauer Dinge zu erreichen. Und vor allem, glaube ich, müssen wir viel durch Eigeninitiative, durch Ehrenamt vor Ort und gemeinschaftlich entwickeln, damit wir zu Lösungen kommen, die wir dann auch gemeinsam tragen und wo auch in Selbstverantwortung viel passiert.

Wir brauchen flexible neue Lösungen, neue Ideen und Impulse. Es gibt schon sehr viele Ansätze hier im Land. Ich will einige Beispiele nennen, die Sie alle kennen oder von denen Sie viele kennen. Zum Beispiel die Volkssolidarität in Greifswald: Da ist ein großes neues Heim eingeweiht worden, - ich war da, eine Riesengeschichte -, mit einem neuen Ansatz, der sagt, wir wollen Gemeinschaft bieten und es wird ja nicht immer mehr möglich sein, dass jeder sie erreicht. Deshalb wollen wir die Menschen zuhause abholen, Zentren schaffen, in denen sie tagsüber, alles haben, was sie brauchen.

Auch bei der Gesundheitsversorgung, das wissen Sie alle, müssen wir neue Wege gehen, übrigens manchmal neue Wege, die viele von Ihnen schon gut kennen,

wenn man wieder zurückkommt und sagt, wir wollen jetzt also Gesundheitszentrum machen, wo man eine gemeinschaftliche Versorgung hat von niedergelassenen Ärzten und den Kliniken. Das kennen Sie alles noch. Wir haben die Gesundheitsschwester AGnES, auch das knüpft ja an etwas an, was viele von Ihnen kennen.

Wir müssen aber in nahezu allen Bereichen etwas Neues einfallen lassen. Im Öffentlichen Personennahverkehr müssen wir dafür sorgen, dass die Menschen mobil bleiben, wobei Mobilität nicht nur bedeutet, dass man die Bahn vor der Tür hat, sondern man muss einfach die Dinge erreichen, die zum Leben notwendig sind. Deshalb gehört auch ein schnelles Internet auf dem Land unbedingt dazu. Aber wir brauchen auch so etwas, dass man eben nicht mehr nur große Busse fahren lässt und die kommen zweimal am Tag, sondern es gibt ja auch so Projekte, dass wir einen Anrufbus machen, Bürgerbusse machen, Sammel- taxis – also es geht da um viele Ideen.

Ich glaube, dass wir vor allem eines noch tun müssen, gerade als Landesregierung. Ich freue mich sehr, dass so viel an ehrenamtlicher Arbeit passiert, aber eines dürfen wir nicht tun, das Land nicht und auch sonst staatliche Behörden nicht, dass wir sagen, da müssen wir uns nicht mehr drum kümmern, das macht das Ehrenamt. Wir dürfen uns nicht zurückziehen, sondern wir müssen mit großem Einsatz gerade den Ehrenamtlichen helfen. Ehrenamt braucht Hauptamt zur Unterstützung.

Bei uns im Land sind 540.000 Menschen ehrenamtlich tätig. Ich finde das ganz toll. Demnächst haben wir wieder den Tag des Ehrenamtes. Da lade ich als Minister-



präsident einige wenige von denen ein, sozusagen symbolisch, mit ihren Angehörigen, um ganz deutlich Danke zu sagen, weil ich weiß, dass wir ohne dieses Ehrenamt nicht weiterkommen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch einmal ganz deutlich Ihnen allen Danke schön sagen, dass Sie sich dafür einsetzen und dass Sie sagen – ich weiß, dass das viele von Ihnen sagen –, ich lebe doch nicht alleine, sondern ich bin auch für die anderen da.

Und das Wichtigste, eine der wichtigsten Sachen beim Ehrenamt, ist nicht, dass wir in vielen Bereichen sonst ohne Sie gar nicht mehr klarkämen, das auch, aber das Wichtigste für mich ist, in einer Gesellschaft, in der die erste Frage immer ist: „Was kostet das? Was kriege ich dafür?“, dass es da so viele Menschen gibt, die sagen, nein, ich helfe dir so, ich bin so für andere da, ich will mich einfach einsetzen, damit es mit uns weitergeht. Das hat über diesen einzelnen Einsatz hinaus große Wirkungen auf unsere Gesellschaft. Es macht sie wärmer und lebenswürdiger, lebenswürdiger, das ist das Wichtigste beim Ehrenamt. Und dafür ganz herzlichen Dank.

Dieses Altenparlament, dieses Seniorenparlament, ist, glaube ich, ein gutes Beispiel für die wichtige Rolle des Ehrenamtes. Sie richten hier Ihren Blick auf die Probleme, zeigen uns Lösungswege auf, manchmal welche, die teuer sind, aber ich glaube, da sind wir auch in einem vernünftigen Dialog, dass Sie uns Hilfestellung geben und wir dann überlegen, wie setzen wir das dann eben um. Aber ich sage Ihnen, Sie sind ein ganz wichtiger und ganz wertvoller Partner für die Landesregierung, und ich bitte Sie alle, machen Sie auch in Zukunft weiter so, in Ihrem jeweiligen Ehrenamt vor Ort und auch mit dieser guten Arbeit hier im Altenparlament, im Seniorenparlament. Ich wünsche Ihnen gute Beratungen, vielleicht auch gute Beratungen über den Namen, den Sie sich hier geben. Ich finde „Seniorenparlament“ deutlich schöner. Alles Gute, viel Spaß heute, gute Ergebnisse! – Danke schön.

*(Beifall bei den Delegierten  
des Altenparlamentes)*

## Grußworte der Fraktionen



### Fraktion der SPD

Für die SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern ist Seniorinnen- und Seniorenpolitik ein zentrales Thema, das alle Lebensbereiche umfasst. Gerade mit Blick auf den demografischen Wandel sollen Jung und Alt auch in Zukunft gern und gut in unserem Land leben können.

Bis zum Jahr 2030 wird die Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern schrumpfen. Gleichzeitig nimmt die Zahl älterer Menschen zu. Das stellt alle Beteiligten vor große Herausforderungen. Für die SPD steht dabei fest, eine gute Politik für ältere Menschen kann nur gemeinsam mit älteren Menschen gestaltet werden. Darüber hinaus müssen Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik zusammen mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis weiterhin an passgenauen Lösungen für die sich wandelnden Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren arbeiten.

In der vergangenen Legislaturperiode wurden mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz oder den gesetzlichen Grundlagen zur Errichtung von Pflegestützpunkten gute Voraussetzungen zur Bewältigung des demografischen Wandels geschaffen. Das im Jahr 2010 in Kraft getretene Seniorenmitwirkungsgesetz hat die Beteiligungsmöglichkeiten des Landeseniorenbeirats, des Altenparlamentes und der kommunalen Seniorenvertretungen erheblich gestärkt. Mecklenburg-Vorpommern hat damit die Initiativ-, Anhörungs- und Mitwirkungsrechte der Seniorinnen und Senioren nachhaltig verbessert.

An diese guten Entwicklungen hat der Landtag mit der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ angeknüpft. Sie wurde zu Beginn

dieser Legislaturperiode auf Initiative der SPD eingesetzt, um konkrete Umsetzungsziele zu definieren und politische Maßnahmen zur Anpassung an die älter werdende Gesellschaft zu empfehlen. Dabei geht es um die Themen „Wohnen im Alter“, „Alter und Gesundheit/Pflege“, „Mobilität im Alter“, „Bildung/Arbeit“, „Bürgerschaftliches Engagement/Gesellschaftliche Teilhabe“ und „Infrastruktur“.

Aber auch mit der entschlossenen Arbeit des auf Landesebene eingerichteten „Runden Tisches Pflege“ zur Umsetzung der „Pflegestrategie 2030“ werden gegenwärtig entscheidende Weichen für eine älter werdende Gesellschaft gestellt.

Gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben haben für die SPD-Landtagsfraktion hohe Priorität. In diesem Zusammenhang wollen wir das bürgerschaftliche Engagement in unserem Land weiter ausbauen und fördern.



### Fraktion der CDU

Das 8. Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern spricht in diesem Jahr mit seinen Themen den Menschen in unserem Land wieder aus dem Herzen – Themen, die unser Land bewegen. Ihr Leittrag „Lebensqualität und Mobilität im ländlichen Raum sichern“ begleitet uns inhaltlich schon länger und ist ein ganz wichtiger Baustein für unsere Arbeit auch in der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“. Der demografische Wandel hinterlässt schon heute seine Spuren. Vor allem der ländliche Raum ist davon betroffen. Nicht alle Menschen wollen ihren Lebensabend in den Städten unseres Landes verbringen. Wir arbeiten deshalb für gute Lebensbedingungen vor Ort. Besonderes Augenmerk legen wir hierbei auf die medizinische Versorgung. Wir wollen, dass sich

mehr junge Mediziner im ländlichen Raum niederlassen. Dazu wurden Anreize geschaffen. Beispielsweise Können Medizinstudenten durch eine Erweiterung eines Stipendienprogramms finanzielle Entlastungen erhalten, wenn sie sich zugleich verpflichten, sich in einer ländlichen Region unseres Landes niederzulassen. Auch bei Praxiseinrichtungen gibt es finanzielle Unterstützungsleistungen.

Damit die Menschen mobil bleiben, setzen wir uns für die Schaffung von weiterem barrierefreien und altersgerechten Wohnraum ein. Das Land hat zwischen 2008 und 2012 mit rund 16,4 Mio. Euro Umbaumaßnahmen in 1.432 Wohnungen gefördert. Diese Förderpolitik ermöglicht es mehr Menschen, länger in ihrer Häuslichkeit bleiben zu können ohne dabei abgeschnitten und ohne Chance auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu bleiben. Zur Mobilität gehört auch eine vernünftige Anbindung an den ÖPNV. Die Kombination verschiedener Verkehrsträger ist ebenso eine Möglichkeit, Mobilität zu sichern wie die Unterstützung von Projekten, die die Menschen vor Ort vernetzen und Fahrleistungen anbieten.

Das Altenparlament, der Landesseniorenbeirat und die kommunalen Seniorenbeiräte sind wichtige Ideengeber. Gerade den Landesseniorenbeirat haben wir in der vergangenen Wahlperiode durch das Seniorenmitwirkungsgesetz in seinen Rechten gestärkt. Vor dem Hintergrund, dass im Jahr 2030 mehr als 36 % der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern älter als 65 Jahre alt sein werden, ist es unerlässlich, dass wir miteinander und nicht übereinander reden. Deshalb ist die Meinung der Menschen vor Ort uns besonders wichtig. Die vielen ehrenamtlich Tätigen, die ganz selbstverständlich auch aus den Reihen der älteren Menschen kommen, müssen zu Wort kommen. Sie alle geben uns Impulse für unsere Entscheidungen. Jede Forderung des Altenparlamentes wird von uns als Arbeitsauftrag gesehen, wenn auch eine landespolitische Umsetzung nicht immer möglich sein wird.

Ihre CDU-Fraktion wünscht Ihnen einen intensiven Meinungsaustausch und bedankt sich herzlich für Ihr Engagement – insbesondere beim Organisationskomitee für die Vorbereitungen des Altenparlamentes.



**Fraktion DIE LINKE**

Alter und Weisheit ist in vielen Kulturen ein Synonym. Mit dem demografischen Wandel steigt nicht nur die individuelle Lebenserwartung. Es verändert sich auch die Bevölkerungsstruktur, indem der Anteil der Älteren und Lebenserfahrenen wächst. In Mecklenburg-Vorpommern soll nach der 4. Landesprognose zur Bevölkerungsentwicklung um das Jahr 2030 jeder zweite Einwohner älter als 54 Jahre sein.

Diese Entwicklung verändert Mecklenburg-Vorpommern. Sie schafft Möglichkeiten und neue Ressourcen. Sie erfordert aber auch Anpassungen, damit sich die Potentiale der Älteren entfalten können.

Das 8. Altenparlament benennt in seinen Leitansätzen einige Schwerpunkte. Die Forderungen nach besserer geriatrischer Versorgung, nach Bewegungsangeboten, um im Alter die Mobilität und Selbstbestimmung zu erhalten und nach Maßnahmen zur Sicherung der Mobilität und Lebensqualität der Senioren im ländlichen Raum weisen, wie schon bei den vorherigen Altenparlamenten, große Gemeinsamkeiten mit Forderungen der Fraktion DIE LINKE auf. Sie forderte beispielsweise im November 2013, dass die Landesregierung berichten solle, wie der Mangel an ambulanter geriatrischer Rehabilitation im Land beseitigt werden kann – es gibt nur 16 geriatrisch qualifizierte Ärzte in der ambulanten Versorgung – und welche Maßnahmen die Landesregierung in den nächsten 2 Jahren plant, um die ambulante geriatrische Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern bedarfsgerecht und flächendeckend sicherzustellen.

Die Forderungen des Altenparlamentes müssen durch die Fraktionen aufgegriffen werden, da seine Beschlüsse für die Landespolitiker nur empfehlenden Charakter haben. Die Linksfraktion hat das in der Vergangenheit sehr ernst genommen und die Empfehlungen und Anregungen

aus dem Erfahrungsschatz der älteren Generation immer wieder in ihrer Arbeit aufgegriffen. Das wollen wir auch nach dem 8. Altenparlament beibehalten. Wir danken den Teilnehmern des Altenparlamentes für ihr Engagement, wünschen ihnen eine gute Veranstaltung mit fruchtbaren Diskussionen und viel Erfolg.



**Fraktion Bündnis90/Die Grünen**

Das Altenparlament in Mecklenburg-Vorpommern ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, dass es auf das Engagement jeder und jedes Einzelnen ankommt, um eine älter werdende Gesellschaft aktiv zu gestalten. Auf die Erfahrungen und Qualifikationen Älterer kann und sollte die Gesellschaft nicht verzichten. Die vorliegenden Anträge zum 8. Altenparlament in Mecklenburg-Vorpommern sehen wir als wichtige Impulse für unsere politische Arbeit. Das Kernanliegen bündnisgrüner Altenpolitik, jedem Menschen in jeder Lebensphase ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, spiegelt sich in ihnen wider. Die Frage: „Wie wollen wir leben?“, stellt sich für jede Generation. Beantworten können wir sie nur gemeinsam. Die Forderungen und Positionen des Altenparlamentes sehen wir daher als wichtigen Teil einer Gesamtstrategie, den politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen.

Mit den Initiativen zur Verbesserung der geriatrischen Versorgung und zur Sicherung der Mobilität beweist das Altenparlament erneut, dass es am Puls der demografepolitischen Zeit ist. Die Kritik an der derzeitigen geriatrischen Versorgung halten wir für berechtigt und sehen die Landesregierung in der Pflicht, das Gesundheitssystem in Mecklenburg-Vorpommern stärker auf eine alternde Gesellschaft auszurichten. Die derzeitige geriatrische Versorgung wird den Herausforderungen nicht gerecht. Dabei kann eine spezialisierte, auf ältere Menschen zugeschnittene Krankenhausversorgung

deren Lebensqualität entscheidend verbessern, Pflegebedürftigkeit vermindern und oftmals verhindern.

Auch die Frage nach der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gehört ganz oben auf die politische Agenda. Ländliche Regionen müssen auch zukünftig lebenswert für ihre Bewohner/innen bleiben. Dabei sind nicht identische Lebensbedingungen entscheidend, sondern die Chance auf gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben. Das erfordert eine integrierte Politik für die ländliche Entwicklung, die regionale Wertschöpfungsketten stärkt, die Potentiale des ländlichen Raums erkennt und eine bedarfsgerechte Anpassung der Infrastruktur vornimmt. Es ist höchste Zeit zukunfts feste Lösungsansätze zu entwickeln. Hierin liegt auch die Chance der Enquête-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“, die wir als Bündnisgrüne wahrnehmen wollen. Denn die demografischen Herausforderungen werden wir nur bewältigen, wenn wir sie gemeinsam angehen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen weiterhin viel Erfolg und gutes Gelingen.



Andreas Beck, Landesjugendring

### Landesjugendring

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Mitglieder des Landtages, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Vertreter der Ministerien, sehr geehrte Damen und Herren Delegierte des Altenparlaments, liebe Frau Paetow! Zuerst einmal herzliche Grüße aus den Gremien des Landesjugendrings Mecklenburg-Vorpommern. Immerhin soll das ja hier ein Grußwort werden und zur Kürze sind wir auch aufgefordert, damit Sie nachher die Zeit haben, Ihre Anliegen diskutieren zu können. Herzliche Grüße also an das 8. Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern vom Landesjugendring.

Der Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern vereint derzeit 28 landesweit tätige Jugendverbände, Anschlussverbände und Jugendringe in ihren Zielen,

sich für junge Menschen in M-V zu engagieren, ihnen eine Stimme zu geben und ihnen selbstbestimmtes Engagement in eigener Sache und in Sachen Zivilgesellschaft in M-V zu ermöglichen.

Sie merken, Selbstbestimmung spielt in Sachen Jugendverbände und Jugendringe eine wichtige, wenn nicht sogar die zentrale Rolle. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist sozusagen schon in die Idee der Jugendverbände eingebaut. Jugendverbände ohne freiwillig und selbstbestimmt agierende Jugendliche, übrigens zunehmend auch Kinder, gibt es nicht, denn in den Jugendverbänden ist die Beteiligung Teil der alltäglichen Aushandlungsprozesse. Beteiligung macht freiwilliges Engagieren erst möglich und auch freiwilliges, selbstbestimmtes Lernen, denn Bildung ist die Mitarbeit in einem Jugendverband allemal. Sogar sehr wichtige und benötigte Bildung. Das ist zum Beispiel in der Wirtschaft in M-V keine Frage. Wer eine Jugendgruppenleiterschulung besucht, bekommt am Ende auch ein Zertifikat in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Wirtschaftskammern und -verbänden, das die Jugendlichen dann bei ihrer Bewerbung einsetzen können. Wer einmal gelernt hat, andere anzuleiten und sich für andere einzusetzen, kann diese Fähigkeiten dann auch in anderen Zusammenhängen als in Jugendgruppen anwenden.

Zusammenarbeit wird also bei uns groß geschrieben. So sollte es Sie auch nicht verwundern, dass wir uns als Landesjugendring eine Zusammenarbeit mit Ihnen wünschen und zwar zu und in einem gemeinsamen Engagement. Denn junge Menschen und ältere Menschen und auch ganz alte Menschen haben viel gemeinsam in ihrem Engagement, besonders aber haben sie im ländlichen Raum in M-V ähnliche Probleme. Das wird sofort plausibel, wenn Sie zum Beispiel an Mobilität denken. ÖPNV außerhalb des

Schulbusverkehrs ist allzu oft unzureichend bis fehlend.

Ähnlich verhält es sich mit der digitalen Mobilität. Breitbandiges Internet, das digitalen Ausgleich für analog unzureichende Infrastruktur schaffen könnte, fehlt auch im ländlichen Bereich. So ist die Kommunikationsmöglichkeit sowohl durch einen Mangel an Begegnungsmöglichkeiten in der analogen, manche sagen auch „der richtigen“ Welt, und auch noch zusätzlich in der digitalen Welt eingeschränkt und Junge und Alte fühlen sich zu Recht doppelt abgehängt. Wohl dem, der ein Auto hat oder so viel „soziales Kapital“, dass er auf Wunsch und Erfordernis gefahren wird. Da muss es doch Lösungen im gemeinsamen Interesse geben; ganz sicher jedoch nicht, ohne gemeinsames Engagement, denn die Probleme sind nicht neu und wurden ja bisher für junge und alte Menschen nicht ohne ihr Zutun gelöst. Nun, da es also an der Zeit ist, gemeinsam zu handeln, schlagen wir als Landesjugendring Ihnen, dem Altenparlament und dem Seniorenbeirat des Landes vor, in einen Dialog zu treten, in einen Dialog der Generationen, wenn Sie so wollen und die gemeinsamen Probleme zu identifizieren. Und auch Lösungsansätze zu finden, die dann in weiteren Schritten zum gemeinsamen Anpacken und zur Unterstützung durch Land, Kommune und – mit etwas Glück – auch durch den Bund und die EU führen. Demografische Herausforderungen finden wir Jungen und Alten in M-V ja zu Hauf. Wir bieten Ihnen eine Zusammenarbeit im Generationendialog an, vielleicht unter dem Dach des Landtages, in einer bewährten Projektform, wie zum Beispiel Jugend im Landtag oder eben das Altenparlament. Jetzt sind die fünf Minuten sicher um. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg für die Tagung des 8. Altenparlaments und freuen uns auf die Zusammenarbeit. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.





# Ansprache der Präsidentin des Altenparlamentes

## **Brigitte Paetow**

*Präsidentin des 8. Altenparlamentes Mecklenburg-Vorpommern*

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Mitglieder des Landtages, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Vertreter der Ministerien, sehr geehrte Mitglieder des Landesjugendringes, sehr geehrte Delegierte!

Zunächst möchte ich mich ganz herzlich bei den Delegierten bedanken für das Vertrauen, das Sie uns durch die Wahl in das Tagungspräsidium ausgesprochen haben. Ich spreche auch im Namen von Frau Annelie Katt und Herrn Wolfgang Schmidt und möchte vorausschicken, dass die Ausführungen, die ich im Anschluss machen werde, mit beiden abgestimmt sind.

Sehr geehrte Anwesende, heute treffen sich nun schon zum 8. Mal 71 Delegierte zu einem Altenparlament, um ihren Wünschen und Hoffnungen in der Seniorenpolitik im Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern Ausdruck zu verleihen.

Dieses Parlament ist nun schon zu einer festen Größe in der politischen Partizipation der Älteren in unserem Bundesland geworden. Wir haben diese Form seinerzeit aus Schleswig-Holstein übernommen. Inzwischen werden aber schon wir auf Bundesebene angefragt, um über unsere diesbezüglichen Erfahrungen und Ergebnisse zu berichten.

Im Juni vergangenen Jahres war ich z. B. zu einem seniorenpolitischen Forum im Landtag von Baden-Württemberg nach Stuttgart eingeladen, um über diese Art des gemeinsamen Auftretens aller Seni-

orenorganisationen gegenüber Landtag und Landesregierung zu berichten. : .

„Wir sind uns sicher, dass eine solche Konzeption auch in Baden-Württemberg für die Beteiligung der Senioren zum Wohle der gesamten Gesellschaft sinnvoll wäre ...“ so die im Ergebnis der dazu geführten Diskussion geäußerte Meinung.

Mit meinen eigenen Worten: „In der Ausgestaltung der Seniorenpolitik unter Mitwirkung der Betroffenen macht Mecklenburg-Vorpommern auf Bundesebene Schule“ – und das ist gut so!

Auch auf einem weiteren Gebiet der politischen Partizipation hat Mecklenburg-Vorpommern Maßstäbe gesetzt. Schließlich war M-V nach Berlin das 2. Bundesland, das die Mitwirkung der Senioren bei der Gestaltung des demografischen Wandels aus der Beliebigkeit genommen und sowohl für die Betroffenen als auch für die politischen Entscheidungsträger -Landesregierung/Landtag - in Gesetzesrang erhoben hat. Im Jahre 2012 haben Thüringen sowie die Hansestadt Hamburg auch ein solches Gesetz verabschiedet. Derzeit liegt auch im Freistaat Sachsen ein Entwurf dafür vor. Im September ds. Js. hatte ich Gelegenheit, an der Diskussion dazu in Dresden teilzunehmen und von unseren Erfahrungen bei der Erarbeitung eines solchen Gesetzes zu berichten.

Schließlich wird unser Gesetz inzwischen in einem Vergleich auf Bundesebene, vom „nexus“ in Berlin sehr positiv bewertet, nachzulesen unter der Überschrift „Seniorenmitwirkungsgesetze als Beitrag zur Förderung der politischen Partizipation“, verfasst von Frau Dr. Christine von Blanckenburg.

Mit großem Interesse wurden die Formen der Mitwirkung in Altenparlamenten

und durch das Seniorenmitwirkungsgesetz auch von den schwedischen Seniorenorganisationen aufgenommen, die eine Delegation von Mitgliedern von Seniorenbeiräten aus Mecklenburg-Vorpommern vom 28. bis 31.10. zu einem Erfahrungsaustausch in Stockholm und Klippan besuchte.

In Mecklenburg-Vorpommern ist der demografisch Wandel schon weiter vorangeschritten. Deshalb ist der Zeit- und Entscheidungsdruck auf Veränderungen bei uns größer. Daraus ergibt sich aber auch die Chance, auf neue Fragestellungen und Herausforderungen schneller neue Lösungsvorschläge erarbeiten zu müssen, d. h. neue Wege zu suchen und aus Interesse und Neugier an dem Thema auch immer wieder Motivation für ein Ehrenamt zu schöpfen.

Deshalb wiederhole ich gerne unseren Wunsch, Mecklenburg-Vorpommern zu einer Modellregion zur Gestaltung des demographischen Wandels zu machen, zunächst für Deutschland, denn der demographische Wandel erfasst zeitversetzt auch die anderen Bundesländer.

Die Gespräche in Schweden ermuntern uns aber zur Erweiterung unseres Wunsches auf den Ostseeraum, später vielleicht sogar auf Europa.

Diesen Wunsch richten wir speziell an die Staatskanzlei, die solche Projekte koordiniert und unterstützen kann. Die Grundlage dazu ist durch unsere Beteiligung an europäischen Projekten und die Verabredungen mit den schwedischen Seniorenorganisationen schon gelegt.

Nun zurück zum Seniorenmitwirkungsgesetz: Die bei der Einführung des Gesetzes geführten Diskussionen bezüglich einer Privilegierung der Senioren durch ein



solches Gesetz haben sich nicht bestätigt. Im Gegenteil: Es geht um konkrete Mitwirkung bei allen Aufgaben, die der demografische Wandel mit sich bringt, d. h. eine intensive Befassung mit allen Themen, die bei dieser Aufgabenstellung auf der Tagesordnung stehen.

Unsere Antwort auf Fragen, was denn die Seniorenpolitik umfasst, ist ganz einfach: „Seniorenpolitik beginnt damit, die jungen Menschen in unserem Bundesland zu halten. Dazu gehören gute Ausbildungs- und Verdienstmöglichkeiten, um für sich und die Familie eine sichere Existenz aufbauen zu können. Senioren- und Jugendpolitik stehen also in einem engen Zusammenhang. Deshalb können wir den oft beschworenen Generationenkonflikt nicht bestätigen oder nachvollziehen und stehen konträr zu der Meinung von Jan-Philipp Hein – veröffentlicht in der Ausgabe der NNN vom 2./3.11.2013 unter der Überschrift: „Lähmung durch die Alten – Deutschland wird zu einem Seniorenstaat – und jene könnten die Zukunft verhindern“.

Auch wenn der Artikel mit „Streitbar“ überschrieben war, habe nicht nur ich mich sehr darüber geärgert, weil wir davon ausgingen, dass wir ganz besonders in Mecklenburg-Vorpommern schon einen Schritt weiter sind und keinen Generationenkonflikt provozieren wollen.

Sehr geehrte Anwesende, gestatten Sie mir nun noch ein kurzes Resümee der Ergebnisse der vergangenen Parlamente: Ich sehe viele Delegierte, die wie ich seit dem 1. Altenparlament im Jahre 1999 dabei waren, und sich sicher auch fragen: Was haben wir bisher erreicht? Über das Seniorenmitwirkungsgesetz

habe ich schon ausführlich gesprochen, die Haftpflichtversicherung für bürgerschaftlich Engagierte ist auch ein positives Beispiel. Einige Dinge befinden sich noch in der politischen Entscheidung, z. B. die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement.

Wichtige Beschlüsse zur Ausgestaltung der Seniorenpolitik sind auch durch die Enquete-Kommission zu erwarten, allerdings vorwiegend erst zum Ende der Legislaturperiode.

Auf der Landesebene haben wir die Möglichkeit, bei den Fraktionen und der Landesregierung Rückfragen zur Umsetzung der Beschlüsse zu stellen. Schwieriger wird es bei bundespolitischen Forderungen. Jedes Mal – und das wurde auch bei der Nachbereitung des vorigen und der Vorbereitung dieses Altenparlamentes deutlich –, sind die heftigsten Kritikpunkte bei der Umsetzung dort zu finden: Exemplarisch steht dafür die immer noch nicht vollzogene Angleichung des Rentenpunktwertes Ost an West. Wir haben das 23 Jahr nach dem Vollzug der deutschen Einheit vollendet und noch immer ist ein durch Beitragszahlungen erworbener Rentenpunkt in den neuen Bundesländern 2,40 € weniger wert als in den alten Bundesländern. Bei dem sog. „Eckrentner“ mit 45 EP entspricht dies einem monatl. Zahlbetrag von ca. 100 Euro. Diese Kritik hat nichts mit Neid oder überzogenen Forderungen zu tun. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, gleiche Lebensleistungen auch gleich zu bewerten. Bei einem weiteren Verzug dieser Angleichung werden immer weniger Bestandsrentner die Schließung der Gerechtiglücke erleben.

Hier sollte auch eine Entwicklung genannt werden, die auf den zurückliegenden Altenparlamenten angesprochen wurden: Es betrifft den Erwerb von Rentenansprüchen im Hartz IV-Bezug.

2005 kritisierte die damalige Präsidentin, Frau Farken, dass durch ein Jahr Hartz-IV-Bezug nur ein monatlicher Rentenanspruch von 4,26 Euro entsteht. Zwei Jahre später im Jahre 2007 waren es noch 2,13 Euro. Seit 2010, dem Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung, ist dieser auf 0,00 Euro abgeschmolzen. Auch hierin liegt eine der Ursachen für steigende Altersarmut, weil der Rentenzahlbetrag bei Neuzugängen nach einem ALG-II-Bezug aus dem genannten Grund besonders drastisch sinkt.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an unser letztes Altenparlament im Jahre 2011, in welchem wir unsere Bundeskanzlerin an ihre Zusage auf dem Seniorentag in Leipzig erinnert haben. Es ging um das Versprechen, dass in den ersten 2 Jahren der neuen Legislaturperiode, also bis 2011, eine Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an West realisiert werden sollte. Auf Erinnerungsschreiben an dieses Versprechen wurde ausweichend oder gar nicht reagiert.

Wir wissen und erkennen an, dass die Landesregierung dieses Thema schon auf der Bundesratsebene einbrachte, dort aber leider nicht die erforderlichen Mehrheiten gefunden hat. Dies bedauern wir sehr. Deshalb unterstützen wir die neue Initiative unseres Ministerpräsidenten zusammen mit der Ministerpräsidentin von Thüringen, und jetzt auch, Herr Ministerpräsident, Ihre diesbezüglichen Forderungen bei den Koalitionsverhandlungen.





Auch wir sind der Meinung: Das Thema muss weiterhin auf der Agenda des politischen Handelns stehen, zumal auch alle Forschungen belegen, dass Altersarmut gerade in den neuen Bundesländern wegen unterbrochener Erwerbsbiographien noch dramatisch zunehmen wird.

Es würde zu weit führen, wenn ich die weiteren bundespolitisch noch umstrittenen Themen

- Pflege, Pflegebedürftigkeitsbegriff
  - Präventionsgesetz
  - Bezahlbarer alternsgerechter Wohnraum
- so ausführlich beleuchten würde.

Positiver bewerten wir einige Elemente der Seniorenpolitik auf Landesebene. Seit 2001 hat die Landesregierung einen Maßnahmenkatalog, welcher der demografischen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern Rechnung trägt: Landes seniorenprogramm hieß es in der 1. Fassung, die von 2001 bis 2005 galt. Fortgeschrieben als Landesprogramm „Älterwerden in Mecklenburg-Vorpommern“ ab 2006 bis 2011. In diesem sind wichtige Grundsätze der Seniorenpolitik aus allen Ministerien festgeschrieben, die 2012 in der Realisierung abgerechnet wurden. Das Ergebnis ist in einer Landtagsdrucksache nachzulesen.

Am 25.1.2011 hat das Kabinett den Demographiebericht „Mecklenburg-Vorpommern – weltoffen, modern, innovativ – den demographischen Wandel gestalten“ beschlossen. In diesem werden für alle Bereiche Handlungsempfehlungen – auch generationenübergreifend – vorgeschlagen. Im Pkt. 25 ist festgelegt: „Die Aussagen des Berichtes werden in der IMAG mit Vereinen, Verbänden, Kammern,

Gewerkschaften und Vertretern der Kommunen diskutiert“.

Auf diese Diskussion warten die Seniorenorganisationen allerdings noch.

Seit 2012 arbeitet nun auf Landesebene zusätzlich eine Enquet-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“. Herr Heydorn, der Leiter dieser Kommission, ist heute hier anwesend und wird im Rahmen der Diskussion der Leitanträge sicher zu Einzelfragen Stellung nehmen. Der Landesseniorenbeirat ist durch Frau Drecoll in dieser Kommission vertreten. Auch Frau Dr. Hill, auch heute Delegierte des Altenparlamentes, vertritt den Landesfrauenrat in dieser Kommission.

Die Vielzahl der inzwischen initiierten Programme, Arbeitsgruppen, Projekte und Kommissionen macht deutlich, dass die Gestaltung des demographischen Wandels eine Aufgabe aller Ressorts ist. Aus der Sicht der Seniorenorganisationen ist deshalb eine übergeordnete Koordinierung unter der „Aufgabenstellung: Gestaltung des demografischen Wandels“ erforderlich, wie diese schon in der o.g. Demografiestrategie der Landesregierung deutlich wurde. Unkoordinierte Maßnahmen in den einzelnen Ressorts laufen Gefahr, parallele Arbeiten und Entwicklungen zuzulassen. Unsere Erwartung an die Enquete-Kommission ist deshalb auch, bei der Bearbeitung der lt. Aufgabenstellung in LT.Dr.S 6/251 genannten Schwerpunktthemen

- „Soziale Sicherung im Alter“
- „Alter und Gesundheit“
- „altersgerechtes Wohnen“
- „Pflege“
- „Mobilität im Alter“

das künftige Miteinander der verschiedenen Generationen und die Chancengerechtigkeit nicht nur zu betrachten (so ist

es in der genannten Dr. S benannt) sondern auch zu beachten und zu berücksichtigen.

Zu Recht ist im § 1 des Seniorenmitwirkungsgesetzes formuliert, dass die Mitwirkung der Senioren auch den Aspekt der Generationengerechtigkeit umfasst. Der Landesseniorenbeirat formuliert seine Aufgabe deshalb so: Unsere Aufgabe ist, an der Gestaltung des demografischen Wandels mitzuwirken, also keine alleinige Fokussierung auf die Interessenvertretung der Senioren.

Dass es den Wunsch eines generationenübergreifenden Miteinander auch von Seiten der jungen Generation gibt, haben wir in den Grußworten des Vertreters vom Landesjugendring gehört. Deshalb begrüßen wir den Vorschlag, zeitnah einen Dialog zu wichtigen Zukunftsthemen mit Vertretern der jüngeren und ältere Generation durchzuführen, bewährter Weise wieder unter dem Dach des Landtags.

Der auf der letzten Sitzung der Enquete-Kommission von der Strategiegruppe III zur Umsetzung des Masterplanes Gesundheitswirtschaft vorgestellte Entwurf eines Projektes „Lebensmodell ländlicher Raum - Gesund Altern im Land der Generationen“, der die Vernetzung aller Partner vorsieht, kommt unserer o.g. Aufgabenstellung am nächsten und sollte deshalb unterstützt werden. Auch die Region des ehemaligen Landkreises Demmin ist dafür sehr geeignet, weil dort alle Probleme einer abnehmenden und alternden Bevölkerung besonders ausgeprägt sind.

Liebe Delegierte, sehr geehrte Gäste, zu einer ehrlichen Bilanz gehören auch kritische Worte: Zur Einführung dazu ein Zitat aus meiner Eröffnungsrede auf dem Altenparlament 2007: „Das Landespflegegeld, das mit dem Landespflegegesetz eingeführt wurde, ist bis Ende dieses Jahres befristet. Es dient dem Ausgleich der Belastungen, die mit der Umlage der Investitionskosten den Pflegebedürftigen entstanden sind. Wir fordern im Interesse der Betroffenen, die sich in den meisten Fällen nicht mehr selbst mit solchen Problemen befassen können, eine entsprechende Gesetzesinitiative auf den Weg zu bringen.

Gerne haben wir deshalb die Pressemitteilung des Sozialministeriums vom 11.6. zur Kenntnis genommen, dass sich

das Kabinett noch in diesem Monat mit einem entsprechendem Gesetzentwurf befassen wird.“ (Zitatende)

Damals ist die Rechtsgrundlage – auch entsprechend unserer Forderung – bis Ende 2012 für das Landespflegewohn-geld verlängert worden. Obwohl sich die Kriterien für dessen Einführung seit 2004 nicht verbessert haben, wurde mit unterschiedlichen Begründungen keine Verlängerung mehr beschlossen. Vereine und Verbände, die auch heute hier anwesend sind, haben im Interesse der Betroffenen bis zum Schluss versucht, durch Stellungnahmen zu den Gesetzentwürfen und zur öffentlichen Anhörung eine Verlängerung der Rechtsgrundlage auch für Neuverträge zu erreichen. Leider ohne Erfolg. Dies bedauern wir sehr, weil sich die Situation der Betroffenen, die ab Januar ds. Jahres Anspruch auf diese Sozialleistung gehabt hätten, gegenüber den Bestandsempfängern keineswegs verbessert hat. Unsere Schlussfolgerung: die durch das Mitwirkungsgesetz festgeschriebene Mitwirkung der Betroffenen und deren Fürsprecher ist noch verbesserungsbedürftig!

Sehr geehrte Anwesende, Am heutigen Tag stehen wieder 3 Leitanträge sowie eine Resolution zur Beschlussfassung, die sich alle dem großen Thema „Gestaltung des demografischen Wandels unter aktiver Beteiligung der älteren Generation und der Generationensolidarität“ unterordnen. Zur Erinnerung: 2012 war das „Europäische Jahr des aktives Alterns und der Generationensolidarität“. Auch wenn das Jahr schon vorbei ist, gilt aus unserer Sicht die Aufgabenstellung weiter:



So befasst sich der Leitantrag 1 mit der Verbesserung der geriatrischen Versorgung in unserem Bundesland. Dies ist eine Notwendigkeit, da der Anteil der ältern Bevölkerung steigt und weiter steigen wird. Die Landesregierung hat im Jahre 2011 mit dem Geriatrieplan die notwendige Versorgung klar formuliert. Nun gilt es, durch geeignete Maßnahmepläne mit Festlegung von verbindlichen Verantwortlichkeiten und Terminen die Zielstellungen des Planes zu erreichen.

Der Leitantrag 2 formuliert Forderungen für zielgerichtete Bewegungsangebote zur Sicherung von Mobilität und Selbstbestimmung sowie Vermeidung von Morbidität im Alter

Beide Anträge passen auch zu dem Anspruch unseres Bundeslandes, „Gesundheitsland Nr.1“ für Einheimische und Urlauber zu werden, können also auch positive Auswirkungen auf die Angebote zur Gesundheitsförderung und den Gesundheitstourismus haben.

Der Leitantrag 3 hat die Sicherung von Lebensqualität und Mobilität im ländlichen Raum zum Inhalt, für unser Flächenland ein besonders wichtiges Thema. Dabei sind uns Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, die Erreichbarkeit von Gesundheitseinrichtungen sowie Teilhabe durch Mobilität besonders wichtig.

Aktuell haben wir noch eine Resolution zur derzeitigen Entwicklung von Miet- und Energiepreisen vorbereitet und unsere diesbezüglichen Forderungen für Jung und Alt formuliert. Wir hoffen, dass diese auch bei den noch laufenden Koalitionsverhandlungen berücksichtigt werden können.

Lassen sie uns also mit der Arbeit beginnen. Wir haben eine umfangreiche Tagesordnung abzuarbeiten. Ich wünsche uns konstruktive Diskussionen, damit wir als Senioren wieder ein Zeichen der aktiven Mitwirkung bei der Gestaltung des demografischen Wandels setzen können.



## 1. Arbeitskreis

### Verbesserung der geriatrischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern

**Brigitte Paetow** (Leiterin), **Wolfgang Schmidt** (stellv. Leiter)



## 2. Arbeitskreis

### Zielgerichtete Bewegungsangebote zur Sicherung von Mobilität und Selbstbestimmung sowie Vermeidung von Morbidität im Alter

**Erika Drecoll** (Leiterin), **Rosemarie Thiele** (stellv. Leiterin)



### 3. Arbeitskreis

#### Lebensqualität und Mobilität der Senioren im ländlichen Raum sichern

Ulrich Haesener (Leiter), Horst Derer (stellv. Leiter)



### Resolution des 8. Altenparlamentes

**Mieten und Energiekosten für alle Generationen bezahlbar gestalten –  
Wohnungsverluste verhindern.**

**Eine soziale und altersgerechte Wohnungsbaupolitik aktiv fördern.**



## 8. ALTENPARLAMENT Mecklenburg-Vorpommern

20.11.2013

### BESCHLUSS DES 8. ALTENPARLAMENTES

#### Zum Thema „Verbesserung der geriatrischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern“

Das Altenparlament fordert den Landtag und die Landesregierung auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die geriatrische Versorgung der älteren Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern quantitativ und qualitativ verbessert und der veränderten Bevölkerungsstruktur angepasst wird.

Dazu sind folgende Maßnahmen erforderlich und zu realisieren:

1. Die geriatrische Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern ist kurzfristig in definierten Zeitstufen mindestens auf den Bundesdurchschnitt zu heben. Dabei sind auch der höhere Versorgungsbedarf durch den größeren Anteil älterer Bürgerinnen und Bürger sowie die Besonderheiten des Flächenlandes zu berücksichtigen. Dies betrifft vorrangig die akute geriatrische Krankenhausbehandlung einschließlich der dort angesiedelten geriatrischen Frührehabilitation, aber auch die ambulante geriatrische Versorgung und die stationäre geriatrische Rehabilitation.
2. Defizite und Hürden bei der Inanspruchnahme geriatrischer Rehabilitationsleistungen älterer Menschen sind im Rahmen einer analytischen Betrachtung zu untersuchen und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, damit der Rechtsanspruch „Rehabilitation vor Pflege“ flächendeckend in der Praxis umgesetzt werden kann (u. a. Antragsverhalten, Transparenz über die bestehenden Behandlungsmöglichkeiten, Finanzierung durch die Kassen, Ablehnungsrate und -gründe).

3. Auf der Grundlage des Geriatrieplanes des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom Juni 2011 muss ein konkreter Maßnahmenplan mit Terminen und Verantwortlichkeiten aufgestellt werden. Dazu ist eine Prioritätenliste mit dem jeweiligen Finanzierungsbedarf zu erstellen und für die darin enthaltenen Maßnahmen der grundsätzliche Finanzierungsvorbehalt aufzuheben.
4. In die Ausbildung von Medizinerinnen und Medizinern ist das Fachgebiet Geriatrie zu integrieren. Dazu ist die Einrichtung von Lehrstühlen für Geriatrie an den Medizinischen Fakultäten der Universitäten zeitnah zu realisieren.
5. Die dringend erforderliche Fortbildung von ausgebildeten Medizinerinnen und Medizinern zur Geriaterin oder zum Geriater ist durch geeignete Anreize zu unterstützen. Hierzu sollten die Erfahrungen aus den anderen Bundesländern genutzt werden.
6. Für eine erfolgreiche geriatrische Behandlung der Patientinnen und Patienten ist eine Kooperation zwischen den Anbieterinnen und Anbietern von Akutgeriatrie/geriatischer Frührehabilitation sowie ambulanter und stationärer Rehabilitation erforderlich, um das gesamte Spektrum einer geriatrischen Stufenversorgung sicher zu stellen.
7. Gemäß dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ sind flächendeckend Stützpunkte oder Schwerpunktpraxen für eine ambulante geriatrische Versorgung einzurichten sowie mobile Möglichkeiten der Vorsorgeuntersuchung und Beratung – auch unter Einbeziehung der Telemetrie – zu entwickeln und zu erproben. Eine Fortsetzung der ambulanten geriatrischen Komplexbehandlung an den Orten der bisherigen Modellprojekte ist auch nach Auslaufen der Förderung durch die Landesregierung durch eine dauerhafte Finanzierung sicherzustellen.

**Die Präsidentin des 8. Altenparlamentes**

### Begründung

Die Bevölkerungsstruktur hat sich seit 1990 in Mecklenburg-Vorpommern durch den Fortzug von jüngeren Jahrgängen und einer Erhöhung der Lebenserwartung der Menschen besonders deutlich verändert. So gab es 1990 in Mecklenburg-Vorpommern 50.158 Personen, die über 80 Jahre alt waren. Diese Zahl erhöhte sich bis 2010 auf 79.256. Gleichzeitig stieg die Lebenserwartung z. B. von 1995 bis 2009 bei Männern von 68,8 auf 75,1 Jahre + 5,9 Monate und bei Frauen im gleichen Zeitraum von 77,6 auf 81,9 Jahre + 10,6 Monate.

Aus diesen Gründen ist die geriatrische Versorgung der älteren Menschen in Mecklenburg-Vorpommern mit dem Ziel, das Risiko von Pflegebedürftigkeit zu vermindern, von besonderer Bedeutung.

Die aktuellen Zahlen des Kompetenzzentrums Geriatrie zum Stand klinisch-geriatrischer Versorgungskapazitäten in Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen, bezogen auf je 10.000 Einwohner älter als 65 Jahre belegen, dass diese in Mecklenburg-Vorpommern weit unter dem Bundesdurchschnitt liegen (Deutschland 12,9 Betten/Plätze auf 10.000 Einwohner > 65 Jahre, Mecklenburg-Vorpommern 6,5 Betten/Plätze auf 10.000 Einwohner > 65 Jahre).

Die Landesregierung hat im Jahre 2011 mit dem Geriatrieplan die notwendige Versorgung klar formuliert. Nun gilt es durch geeignete Maßnahmenpläne mit Festlegung von verbindlichen Verantwortlichkeiten und Terminen die Zielstellung des Geriatrieplanes zu untersetzen, zu konkretisieren und mit Leben zu erfüllen.

Die Forderungen dieses Antrags bedürfen nach Auffassung des Altenparlamentes einer umgehenden Realisierung, um die geriatrische Versorgung dem schon jetzt erhöhten Anteil älterer Patienten und Patientinnen anzupassen und um der weiteren diesbezüglichen Entwicklung gerecht zu werden. Außerdem sollen die schon vorhandenen Kapazitäten, insbesondere in der geriatrischen Rehabilitation effektiver genutzt werden.



**8. ALTENPARLAMENT**  
**Mecklenburg-Vorpommern**

20.11.2013

**BESCHLUSS DES 8. ALTENPARLAMENTES**

**Zum Thema „Zielgerichtete Bewegungsangebote zur Sicherung von Mobilität und Selbstbestimmung sowie Vermeidung von Morbidität im Alter“**

Das Altenparlament fordert den Landtag und die Landesregierung auf, Maßnahmen auf Landes- und kommunaler Ebene zu ergreifen, um durch zielgerichtete präventive Bewegungsangebote für Seniorinnen und Senioren Mobilität zu fördern sowie Morbidität im Alter vorzubeugen.

Längere Lebenserwartung erfordert Gesundheitsvorsorge bis ins hohe Alter. Funktionen des Körpers, die nicht genutzt werden, werden vom Körper eingestellt. Es ist aber bis ins hohe Alter möglich, Muskeln wieder aufzubauen und die Beweglichkeit und das Koordinationsvermögen zu verbessern.

Dazu sind unter dem Aspekt der demografischen Entwicklung folgende Maßnahmen zu realisieren:

1. In den Konzepten der Landesregierung zur Gesundheitsförderung und Daseinsvorsorge sind zielgerichtete Bewegungsangebote für Ältere zu verankern.
  - 1.1 In bislang unterversorgten Regionen des Landes sind Konzepte zu entwickeln und die dafür notwendigen Voraussetzungen qualitätsgesicherter Angebote innerhalb des organisierten gemeinnützigen Sportes zu verbessern.

- 1.2 Bewegungsangebote sind strukturell nachhaltiger mit den Versorgungssystemen (Haus-, Fachärzte, Kliniken, Pflegeeinrichtungen) zu vernetzen.
  - 1.3 Bewegung und körperliche Aktivität im Alter sind als wichtige Gesundheitsressourcen zu fördern, damit durch den Erhalt der Mobilität Stürzen vorgebeugt und so die Selbstständigkeit erhalten bleibt.
  - 1.4 Bewegungsangebote sind in die aufsuchende Betreuung von Seniorinnen und Senioren sowie Pflegebedürftigen in Pflegeeinrichtungen und in die Häuslichkeit zu integrieren.
2. Zu den Konsequenzen, die sich aus der demografischen Entwicklung für den Aufbau nachhaltiger Angebote im Seniorengesundheitssport in Mecklenburg-Vorpommern ergeben, ist eine Studie zu erstellen.
    - 2.1 Auf dieser Grundlage sind geeignete, ressortübergreifende Maßnahmen zu initiieren, die dem ableitbaren Handlungsbedarf zur Prävention sturzbedingter Morbidität in Mecklenburg-Vorpommern entsprechen.
    - 2.2 Es ist eine nachhaltige Unterstützung der Landesverbände des gemeinnützig organisierten Sports in Mecklenburg-Vorpommern für Gesundheitssportangebote für Seniorinnen und Senioren erforderlich, um flächendeckend qualitätsgesicherte, lebensraumbezogene Angebote zu etablieren, die die Mobilität im Alter fördern, Selbstständigkeit erhalten und sturzbedingte Morbidität verringern.

### **Die Präsidentin des 8. Altenparlamentes**

## Begründung

In Mecklenburg-Vorpommern vollzieht sich der demografische Wandel im Vergleich zu den anderen Bundesländern besonders schnell.

So wird im Jahr 2030 jeder dritte Mensch über 60 Jahre alt sein, in einigen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns sogar über 40 %. Prognosen und vorliegende Studien belegen, dass etwa jeder Dritte der über 65-jährigen mindestens einmal pro Jahr stürzt. Dies muss Anlass für die politischen Entscheidungsträger sein, sich verstärkt um gesundheitsfördernde und präventive Strategien u. a. zur Sturzvermeidung zu kümmern. Dies gilt umso mehr, weil ca. 80 % der genannten Bevölkerungsgruppe ohne Inanspruchnahme von Pflegedienstleistungen lebt. Auch dieser Personenkreis muss durch entsprechende Maßnahmen erreicht werden können.

Ein Sturz ist für ältere Erwachsene oft ein Ereignis mit weitreichenden Folgen. Dazu zählen: Ängste, Rückzug, Verletzungen, Verlust von Beweglichkeit oder sogar Pflegebedürftigkeit. Der meistgenannte Wunsch von Seniorinnen und Senioren für die Zukunft ist ein selbstbestimmtes, gesundes und aktives Altern. Daher ist es notwendig, der Sturzprävention als strategischem Instrument für ein gesundes und aktives Altern in Mecklenburg-Vorpommern besondere Priorität beizumessen.

Häufigste Ursache von Stürzen sind Muskelschwäche in den Beinen, Gang- und Gleichgewichtsstörungen, optische Defizite und kognitive und funktionelle Beeinträchtigungen. Sport und Bewegung sind zwei wichtige Elemente zur Erhaltung der Mobilität bis ins hohe Alter und tragen so wesentlich zur Erhöhung der Lebensqualität bei. Regelmäßige Bewegung ist eine wichtige Gesundheitsressource. Nicht zu unterschätzen ist die Förderung von sozialen Kontakten, die sich aus diesen Begegnungen ergeben. Sie können Vereinsamung vorbeugen.

Forschungen und Studien zu „Stürze im Alter“ haben in Ergebnissen deutlich gemacht, dass vielfältige Ansätze und Maßnahmenbündel zur zielgerichteten Bewegungsförderung älterer Erwachsener und Hochaltriger erforderlich sind. Ressourcenbündelung, Angebotserweiterung und -vernetzung sind grundlegende Bausteine, um im städtischen sowie im ländlichen Raum eine hohe Lebensqualität verbunden mit Selbstständigkeit der dort lebenden Menschen ermöglichen zu können. Das vorliegende Versorgungssystem kann aufgrund der demografischen Entwicklung diesen Bedarf in Zukunft nicht mehr auffangen. Maßnahmen der zielgerichteten Bewegungsförderung mit dem Schwerpunkt der Sturzprävention sind geeignete Instrumente, die höher werdende Belastung des Versorgungssystems abzufedern und können so nicht unwesentlich zur Kostensenkung im Pflegebereich beitragen.

Der Arbeitskreis 2 bezieht sich hier auch auf die Aktuelle Stunde im Landtag am 24.10.12 in der die Abgeordneten zum Thema „Sportland Mecklenburg-Vorpommern – Chancen und Herausforderungen“ diskutierten. Dort wurde u. a. auf die zunehmende Bedeutung des Behinderten- sowie des Senioren- und Reha-Sportes hingewiesen.

Der demografische Wandel betrifft alle Lebensbereiche. Er ist deshalb eine Querschnittsaufgabe und erfordert von den verantwortlichen Gremien ressortübergreifendes Handeln. Die Federführung für diese Aufgaben sollte sinnvollerweise in der Hand eines Ministeriums liegen und dort koordiniert werden.

## 8. ALTENPARLAMENT Mecklenburg-Vorpommern

20.11.2013

### BESCHLUSS DES 8. ALTENPARLAMENTES

#### Zum Thema „Lebensqualität und Mobilität der Senioren im ländlichen Raum sichern“

Das Altenparlament fordert den Landtag und die Landesregierung auf, entsprechend der Aufgabenstellung des Demografieberichtes vom 25.01.2011 für Mecklenburg-Vorpommern gleichwertige Lebensbedingungen auch auf dem Lande zu sichern und damit die Lebensqualität in den ländlichen Räumen als Grundlage für die Liebe zur Heimat aller Generationen zu verbessern. Als ländlicher Bereich werden hier die in Ämtern zusammengefassten dörflichen Gemeinden betrachtet. Vorrangig sind dafür folgende Maßnahmen erforderlich:

#### 1. Wohnen

1.1 Die Wohnraumförderung im Neubau ist grundsätzlich an Barrierefreiheit und sozial verträgliche Mieten zu binden. Dies ist bei einer Überarbeitung der Landesbauordnung verbindlich festzuschreiben. Für den Umbau ist die DIN 18040 Teil 2 (Wohnungen) sinngemäß anzuwenden.

1.2 Die bisher von der KfW als Darlehen gewährten finanziellen Mittel für die altersgerechte Anpassung von Wohneigentum und an energetische Anforderungen sind auf die Förderung durch Zuschüsse durch die Landesregierung unabhängig von der Einwohnerzahl der Kommune auszudehnen.

1.3 Die Forderungen zu 1.1 und 1.2 sind auch für die Gestaltung des Wohnumfeldes und der Infrastruktur anzuwenden.

1.4 Der soziale Wohnungsbau ist zu forcieren.

#### 2. Daseinsvorsorge/Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs

2.1 Die Infrastrukturen in der Daseinsvorsorge sind an den demografischen Wandel anzupassen.

2.2 Die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist in den Gemeinden durch Nachnutzung erprobter Projekte (neue Dorfmitte) und neue Versorgungsformen (z. B. Kooperation zwischen Kommunen und Einkaufsmärkten durch Kommoder Bringstrukturen) mit entsprechender Anschubfinanzierung durch die Landesregierung noch in dieser Legislaturperiode zu gewährleisten.

### 3. Mobilität

3.1 Entsprechend § 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern (Fassung vom 10.11.2009) ist das Bedienungsangebot im Öffentlichen Personennahverkehr ÖPNV in sozial- und ordnungspolitischer Verantwortung an den Mobilitätsbedürfnissen der Bevölkerung auszurichten. Das betrifft orts- und zeitnahe Angebote, Fahrpläne sowie Nutzerfreundlichkeit.

3.2 Sowohl für den ÖPNV als auch für den SPNV sind die Angebote barrierefrei und anwenderfreundlich zu gestalten und zu verbessern. Dazu gehören die barrierefreie Erreichbarkeit von Bahnhöfen, Haltestellen und Bahnsteigen, der flächendeckende Einsatz von Niederflurbussen, Bussen mit Hebebühne bzw. Rampe, bedienungsfreundliche Fahrausweisautomaten sowie wetterfeste Unterstellmöglichkeiten mit Sitzgelegenheiten in den Wartebereichen der Haltestellen.

Die Umsteigemöglichkeiten in allen Taktknoten und Verknüpfungspunkten sollen einen flexiblen, sicheren und zeitlich ausreichenden Umstieg im ÖPNV und SPNV ermöglichen.

3.3 Die Einführung von Bürgerbussen, Anrufbussen und Anruf-Sammeltaxis für ländliche Regionen ist durch das Ministerium für Energie, Verkehr und Landesentwicklung weiterhin zu unterstützen.

3.4 Bei der Erarbeitung des integrierten Landesverkehrsplans ist die Schaffung von Möglichkeiten im multifunktionalen Verkehr zu prüfen (z. B. gleichzeitiger Transport von Waren und Personen).

### 4. Kommunikationsmöglichkeiten

4.1 Kommunikationsmöglichkeiten über das Internet sind durch moderne Breitbandtechnologie flächendeckend auszubauen und zur Verfügung zu stellen.

4.2 Durch geeignete Förderprogramme unterstützt die Landesregierung die Errichtung und den Betrieb von barrierefreien Gemeinschaftseinrichtungen/Kommunikationszentren in den Kommunen, die generationsübergreifend genutzt werden können.

### 5. Ansprechpartner/Hilfen vor Ort

5.1 In die Erarbeitung und Umsetzung zukunftsorientierter spezifischer Entwicklungskonzepte für Kommunen sind die Bürger aktiv einzubeziehen.

5.2 Das bürgerschaftliche Engagement von Senioren ist sowohl für die politische und soziale Partizipation als auch für niedrigschwellige Hilfsangebote zu nutzen.

5.3 Die Entwicklung von Assistenzsystemen zur Orientierung, Unterstützung und Hilfe im häuslichen Umfeld für ein selbstbestimmtes Leben im Alter gemäß Masterplan für Gesundheitswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern bis 2020 ist weiterhin zu unterstützen.

### 6. Mitwirkung/Partizipation

Gemäß Pkt. 25 der Handlungsempfehlungen des Strategieberichtes „Demografischer Wandel“ ist dieser mit Vereinen, Verbänden, Kammern, Gewerkschaften und Vertretern der Kommunen zu diskutieren und danach fortzuschreiben. In diesen Prozess sind auch Vertreter von Seniorenorganisationen zwingend einzubeziehen.

### **Die Präsidentin des 8. Altenparlamentes**

## **Begründung**

Besonders im ländlichen Bereich gewinnt die Erhaltung der Lebensqualität und Mobilität der Senioren durch den schnellen demografischen Wandel zunehmend an Bedeutung. Dies hat die Landesregierung mit der Erarbeitung des Strategieberichtes der IMAG Demografischer Wandel vom 25.01.2011 in ihrer Bedeutung unterstrichen und durch Handlungsempfehlungen Wege aufgezeigt, die zur Bewältigung der neuen Aufgaben beitragen können. Jetzt gilt es, die dort enthaltenen Empfehlungen in konkrete Maßnahmen umzusetzen, an deren Erarbeitung und Umsetzung die ältere Generation durch Partizipation aktiv einzubeziehen ist.

Es wird auf Grund von erkennbaren Defiziten im altersgerechten Wohnungsbau, der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, von Mobilitätsangeboten, Kommunikationsmöglichkeiten, bei Ansprechpartnern vor Ort zu Alltagsproblemen sowie Assistenzsystemen für ein sicheres Wohnen diesen Themen besondere Priorität in der Realisierung zugemessen.

Bewusst wurde auf Hinweise zur ärztlichen und pflegerischen Versorgung, die in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung haben, verzichtet, weil dieses Thema intensiv in einem Leitantrag des 7. Altenparlamentes beschrieben wurde und in dem Leitantrag 1 zur Verbesserung der geriatrischen Versorgung des 8. Altenparlamentes noch eine Ergänzung findet.

## 8. ALTENPARLAMENT Mecklenburg-Vorpommern

20.11.2013

### RESOLUTION

#### des 8. Altenparlamentes Mecklenburg-Vorpommern

**Mieten und Energiekosten für alle Generationen bezahlbar gestalten -  
Wohnungsverluste verhindern.  
Eine soziale und barrierefreie Wohnungsbaupolitik aktiv fördern.**

Wir, die Delegierten des 8. Altenparlamentes verfolgen mit Sorge und Empörung die derzeitige Entwicklung auf dem Wohnungs- und Energiemarkt.

Mieten und Energiekosten steigen derzeit ständig und stehen deshalb bei immer mehr Bürgern nicht mehr im Verhältnis zum verfügbaren Haushaltseinkommen. Öffentlich geförderter und damit preiswerter Wohnraum nimmt ab, da die Belegungsbindungen auslaufen und nicht ausreichend neuer geförderter Wohnraum geschaffen worden ist. Es bestehen für junge Wohnungssuchende zunehmend Schwierigkeiten bei der Suche nach finanzierbaren Wohnmöglichkeiten und bei älteren Bestandsmietern bzw. Mietern mit geringen Einkommen, nehmen die Ängste vor nicht mehr bezahlbarem Wohnraum und damit auch dem Verlust des sozialen Umfeldes zu.

Das 8. Altenparlament richtet deshalb folgende Forderungen an die Fraktionen der demokratischen Parteien im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, die Enquetekommission des Landtages „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ und die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern:

- Den Belangen des sozialen und barrierefreien Wohnungsbaus ist durch eine aktive soziale Wohnungsbaupolitik eine größere Beachtung zu schenken.
- Mieter sind durch eine Mietpreisbremse zu schützen, die den Anstieg des Mietzinses sowohl bei Neu- und Wiedervermietung als auch bei Wertsteigerung (z. B. durch bessere Wärmedämmung) bei 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete deckelt.
- Der Verkauf von kommunalen Wohnungen an Wohnungsunternehmen oder Eigentümer zu Spekulationszwecken ist umgehend zu stoppen und die Chancen auf einen Rückkauf von in der Vergangenheit verkauften Wohnungen sind zu prüfen.



- Der Verkauf von mit Steuergeldern gefördertem Wohnraum nach dem Auslaufen der Bindungsfristen an Wohnungsspekulanten ist zu unterbinden
- Ein weiterer Rückgang des erforderlichen Bestandes an Sozialwohnungen wie in den Jahren von 2007 – 2010 ist nicht mehr zuzulassen.
- Die Kosten der Energiewende dürfen nicht einseitig den Bürgern aufgebürdet werden, während die energieintensiven Unternehmen durch billigen Strom ihre Gewinne ständig steigern können.
- Der Zugang zur Energie stellt ein grundlegendes Element der Daseinsfürsorge und gesellschaftlichen Teilhabe dar.
- Sozialleistungen wie ALG II, Sozialhilfe oder die Grundsicherung im Alter müssen die gestiegenen Energiekosten in tatsächlicher Höhe berücksichtigen.

Die Delegierten des 8. Altenparlamentes erwarten, dass alle politischen Entscheidungsträger durch die Erfüllung dieser Forderungen ihrer Verantwortung bei der Sicherung der Daseinsvorsorge für ihre Bürger im Bereich des Wohnens gerecht werden

**Die Präsidentin des 8. Altenparlamentes**

# Beschlussesempfehlungen und Resolution

## Vorstellung und Beratung



Brigitte Paetow, 1. Arbeitskreis



Erika Drecoll, 2. Arbeitskreis



XXX, Resolution



Ulrich Haesener, 3. Arbeitskreis





## Verabschiedung der Delegierten des 8. Altenparlamentes durch die Vizepräsidentin des Landtages Regine Lück





### Dokumentation 2013

Auch zur Arbeit des 8. Altenparlamentes veröffentlicht der Landtag Mecklenburg-Vorpommern eine umfassende Dokumentation. Diese und die Beschlüsse können auf der Homepage des Landtages eingesehen werden.

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



**Verantwortlich:** Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Abteilung Parlamentarische Dienste, Telefon 0385 / 5 25-0  
**Gestaltung und Fotos:** Balewski Fotografie und Design | Schwerin am 20. November 2013